

Protokolleintrag vom 13.05.2009

2009/192

Erklärung der SVP-Fraktion vom 13.5.2009:

Das Versagen des sozialdemokratischen Schulpräsidenten

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Vor gut zwei Jahren kamen gravierende Missstände im Schulkreis Uto an die Öffentlichkeit. So war zum Beispiel eine 6. Klasse im Schulhaus Borweg dazumal bereits seit über zweieinhalb Jahren nicht mehr führbar. Aufgefallen war dieser Zustand den Behörden sowie betroffener Eltern zu diesem Zeitpunkt bereits seit langem. Passiert ist seitens der zuständigen Behörden allerdings nichts. Diverse Lehrkräfte sind gegangen, zu guter Letzt übernahm eine heute 27-jährige junge Zentralschweizerin diese Problemklasse – mit Erfolg. Zudem waren einzelne Schüler dieser Klasse nahezu unbeaufsichtigt in diversen Zimmern des Schulhauses Borweg. Die Öffentlichkeit fragte sich, wie es überhaupt soweit kommen konnte. Das Unverständnis und das Unbehagen waren und sind bis heute gross. Klar ist, dass viel früher hätte eingeschritten werden müssen. Doch der zuständige Schulpräsident Andreas Rüegg unternahm nichts. Einzig wechselte er diverse Male einfach die Lehrperson aus und meinte, so alles gelöst zu haben. Ebenfalls offensichtlich untätig während über zweier Jahre blieben eine ganze Kette von Aufsichtsgremien: Angefangen bei der schlussendlich dann krank geschriebenen Schulleiterin des Schulhauses Borweg, über die dazumal für diese Klasse zuständige sozialdemokratische Schulpflegerin, bis zum ebenfalls sozialdemokratischen Schulpräsidenten Andreas Rüegg. Die hoch gelobte Krisenintervention hat auch in diesem Fall einmal mehr kläglich versagt. Hilfeschreie besorgter Eltern wurden ignoriert und überhört! Ebenfalls wurde seitens des Schulpräsidenten das städtische Schuldepartement nicht informiert! Die Behörden im Schulkreis Uto lehnten sich zurück. Ihr fielen nichts besseres ein, als das Problem auszusitzen. Von den Möglichkeiten, bereits früh Rädelsführer aus einer Klasse zu entfernen und getrennt in andere Klassen, andere Schulhäuser oder, wenn nötig, gar in andere Gemeinden zu verteilen, wurde kein Gebrauch gemacht. Ebenfalls hätte die ganze Klasse ohne weiteres aufgeteilt werden können. Die Leidtragenden waren die lernwilligen jungen Menschen in solch betroffenen Klassen, die um den ihren Leistungsfähigkeiten entsprechenden Übertritt in die Oberstufe fürchten mussten. Schulpräsident Andreas Rüegg gab diesen Schülern nie eine echte Chance! Im Gegensatz zu ihm mussten diese lange Zeit um ihre Zukunft bangen! Auch die Rolle des städtischen Schulvorstehers, CVP-Stadtrat Gerold Lauber liess zu wünschen übrig. Eingeschriebene Briefe von Eltern mit Hilferufen an ihn sollen offenbar verschwunden sein. Auch hier ist sicherlich Handlungsbedarf angesagt. Heute wissen wir, dass der sozialdemokratische Schulpräsident Andreas Rüegg anlässlich der Gesamterneuerungswahlen 2010 nicht mehr anritt. Zu gross ist die Last auf seinen Schultern geworden. Eine weise, allerdings viel zu späte Entscheidung! Die Kinder im Schulkreis Uto sind über den Abgang von Andreas Rüegg sicher äussert froh und auch dankbar. Stadtrat Gerold Lauber muss die Kommunikation und den Informationsfluss innerhalb seines Aufgabenbereiches drastisch ändern. Die Kommunikation zwischen den Schulpräsidien und dem Schul- und Sportdepartement muss massiv intensiviert werden. Dass Gerold Lauber an seiner Stammtankstelle vom Tankwart über die katastrophale Situation in einem seiner Schulhäuser erfährt, ist geradezu sträflich. In Gerold Laubers Departement geht es nicht etwa um Bauten, die allenfalls erst etwas später begonnen werden können, sondern es geht um die Zukunft von jungen Menschen, um die Qualität unserer Volksschule und somit um die Zukunft unserer Schweiz, unserer Heimat. Hier ist eine rasche Intervention ein Muss! Ebenfalls überarbeitet werden müssen die Kompetenzen zwischen den Schulpräsidien und dem Vorsteher des Schul- und Sportdepartements der Stadt Zürich. Dass Stadtrat Lauber heute lediglich Chef über Wandtafeln, Kreide und Bleistifte ist, in schulischen Angelegenheiten aber nichts zu sagen hat, ist ein Unding. Gerade bei Vorfällen wie jene im Schulkreis Uto zeigen sich die Konsequenzen dieses Paragraphendschungels am deutlichsten. Zur Änderungen dieser Verantwortlichkeiten sind diverse parlamentarische Vorstösse hängig.